Stand: 1. Oktober 2022



**Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen** **Bitte ausfüllen und mit entsprechenden**

rechtlich unselbständigeAnstalt in der **Unterlagen des beigefügten Verzeichnisses**

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale **einreichen**

**Wirtschaft und Transformation**

**Bürgschaften 537300**

Kaiserleistraße 29-35

63067 Offenbach am Main

|  |
| --- |
| Verwendungszweck und Bürgschaftskreditbedarf Ich/Wir beantrage(n) für  die Übernahme einer Bürgschaft des Landes Hessen für einen  **Kredit in Höhe von**  **1.** **€**  **2.** **€** |

|  |
| --- |
| **1. Antragsteller** (mit genauer Anschrift, Telefonnummer, Internetadresse, E-Mail) |

|  |
| --- |
| **2. Rechtsform** |

|  |
| --- |
| **3. Gegenstand des Unternehmens/ Branche** |

|  |
| --- |
| **4. Gründung/ Eintragung im Handelsregister** (Kopie Handelsregisterauszug beifügen)  Gründungsdatum und -ort  Eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht in  unter Nr. |
| **5. Gesellschafter** (Name und Anschrift des Inhabers oder der Gesellschafter) |

|  |
| --- |
| **6. Geschäftsführer** (Lebenslauf beifügen) |

|  |
| --- |
| **7. Anzahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Hessen**  (Teilzeitarbeitsplätze sind in Vollzeitarbeitsplätze umzurechnen)  Arbeitnehmer davon Auszubildende  vor Beginn der Maßnahme      .................      ............  (Monat, Jahr)  nach Abschluss der Maßnahme      ... ............      ............  (Monat, Jahr)  **Zuständige Agentur für Arbeit**: |

|  |
| --- |
| 1. **Anzahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in anderen Bundesländern**   (Teilzeitarbeitsplätze sind in Vollzeitarbeitsplätze umzurechnen)  Bundesland Arbeitnehmer |

|  |
| --- |
| **9. Zwangsmaßnahmen** Frühere Zwangsmaßnahmen gegen die Firma, den Inhaber oder die Gesellschafter (insbesondere Zwangsvollstreckungen, eidesstattliche Versicherung, Insolvenz- oder Vergleichsverfahren und - in den letzten 12 Monaten – Zahlungstitel, u.a. Vollstreckungsbescheide und Wechselproteste) |

|  |
| --- |
| **10. Öffentliche Mittel**  Förderung des Unternehmens aus öffentlichen Mitteln in den letzten zehn Jahren bis zum Zeitpunkt der Antragstellung, aufgeteilt nach Krediten, Bürgschaften und Zuschüssen mit Angabe des Ursprungs-betrages und des derzeitigen Standes (ggf. Anlage beifügen). |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärung über erhaltene/ beantragte Beihilfen „De-minimis“-Beihilfen**   Bitte die Anlage 1 zum Bürgschaftsantrag Erklärung über „De-minimis“ Beihilfen sowie dem Antrag ggf. vorhandene De-minimis- bzw. sonstige Bescheinigungen über erhaltene Beihilfen beifügen. |

|  |
| --- |
| **12. Erklärungen**   1. Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und der beigefügten Anlagen. 2. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der Hessischen Landesregierung oder einer von ihr beauftragten Stelle alle zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte über meine/unsere persönlichen, betrieblichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen. 3. Ich/Wir erkläre(n) mich/uns hiermit zur jederzeitigen Offenlegung meiner/unserer steuerlichen Verhält­nisse bei dem zuständigen Finanzamt und mit der Einholung/ Beiziehung entsprechender Auskünfte aus den Firmensteuerakten und den Steuerakten der persönlich haftenden Gesellschafter(in) für Zwecke der Bearbei­tung des an das Land Hessen gestellten Antrages und für die Dauer der Laufzeit der Bürgschaft durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (nachfolgend: WIBank) sowie den an der Bürgschaftsvergabe beteiligten Ministerien, einverstanden. Mit der Zustimmung zur Befreiung vom Steuergeheimnis § 30 der Abgabenordnung (AO) gegenüber den vorgenannten Beteiligten erklären(n) ich/ wir mich/ uns einverstanden. 4. Mit der Durchführung einer etwaigen Prüfung durch Beauftragte des Landes Hessen auf meine/unsere Kosten erkläre(n) ich/wir mich/uns einverstanden. 5. Ich bin /Wir sind bereits während der Bewilligungsphase verpflichtet, wesentliche Verschlechterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der WIBank unverzüglich anzuzeigen. 6. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für die Bearbeitung des vorstehenden Antrages eine Bearbeitungsgebühr von derzeit 0,5 % der beantragten Bürgschaftssumme an die WIBank zu zahlen. Die Gebühr wird mit Antragstellung fällig. Dazu erteile(n) ich/wir das im Antragsformular enthaltene SEPA-Lastschriftmandat (Ziffer 13.). 7. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, bei Zusage einer Bürgschaft eine weitere Bearbeitungsgebühr von derzeit 0,5 % der zugesagten Bürgschaftssumme an die WIBank zu zahlen. Die Gebühr wird mit Übersendung des Angebotes durch die WIBank fällig. Die Zusage wird erst wirksam, wenn die Bearbeitungsgebühr bezahlt ist. |

|  |  |
| --- | --- |
| **Erklärungen**   1. Mir/Uns ist bekannt, dass die Gebühr auch dann in voller Höhe erhoben wird, wenn ich/wir nach der Genehmigung auf die Bürgschaft verzichte(n) oder die Zusage gemäß den Richtlinien gegenstandslos wird. Die Zusage auf Übernahme einer Bürgschaft wird nach Ablauf von drei Monaten seit Zustellung des Bewilligungsbescheides gegenstandslos, sofern nicht bis zu diesem Zeitpunkt der rechtswirksam abgeschlossene Kreditvertrag vorgelegt und die Ausstellung der Bürgschaftsurkunde beantragt ist. 2. Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns für übernommene Bürgschaften eine laufende Verwaltungsgebühr auf den Bürgschaftsbetrag zu zahlen. Die Gebühr wird erstmals mit Übersendung der Bürgschaftsurkunde fällig, und zwar in Höhe von je 1/12 des Jahresbetrages für den angefangenen und die folgenden Monate bis zum Ende des Kalenderjahres. In den folgenden Jahren wird der Berechnung der Gebühr der Bürgschaftsstand am 1. Januar desjenigen Jahres zugrunde gelegt, für das sie erhoben wird. Sie ist per 30. Juni des laufenden Jahres fällig. Die Verwaltungsgebühr wird letztmalig bis zu dem Kalendermonat des Kalenderjahres erhoben, in dem die Bürgschaftsurkunde an die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen zurückgegeben wird. Maßgeblich für das Ende des Berechnungszeitraumes im Jahr der Urkundenrückgabe ist das Datum des Eingangs der Bürgschaftsurkunde bei der WIBank. 3. Ich/Wir erkläre(n) schon jetzt, dass ich/wir im Falle des Zustandekommens des Bürgschaftsverhältnisses auf die Einrede der Verjährung bis 30 Jahre nach dem jeweiligen gesetzlichen Verjährungsbeginn verzichten werde(n). 4. Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und beigefügten Anlagen anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I S. 2037) in Verbindung mit dem hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 (GVBI. I.S. 199) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. 5. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben und beigefügten Anlagen unverzüglich der die Bewilligung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde. 6. Mir/ Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten von der WIBank zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung verarbeitet und ebenso wie die Entscheidung des Landes Hessen über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe als auch das Votum des Bürgschaftsausschusses allen an der Finanzierung und Verbürgung dieses Vorhabens beteiligten Stellen bekanntgegeben werden. Insoweit entbinde ich die vorstehend genannten Stellen von ihrer Verschwiegenheitspflicht und befreie die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen in diesem Rahmen vom Bankgeheimnis. **Die „Datenschutzhinweise für Kunden und andere Betroffene“ der WIBank habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen**. 7. Die Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften durch das Land Hessen in der jeweils gültigen Fassung erkenne(n) ich/wir als verbindlich an.        , den       \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  (Rechtsverbindliche Unterschrift/Stempel) | |
| **13.** **SEPA-Lastschriftmandat**  **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen**  - rechtlich unselbstständige Anstalt in der  Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale  Kaiserleistraße 29-35  63067 Offenbach am Main  **Gläubiger-Identifikationsnummer: DE63WIB00000003006**  Mandatsreferenz: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ *(wird von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen ausgefüllt!)*  **SEPA-Lastschriftmandat**  Ich/Wir ermächtige/n die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen widerruflich, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise/n ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.  Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.    Nachname, Vorname (Kontoinhaber)    Straße und Hausnummer    Postleitzahl und Ort Land  Kreditinstitut:  IBAN: DE   I      I      I      I      I    (Ihre IBAN entnehmen  Sie bitte dem Kontoauszug  Ihrer Hausbank.)    Ort, Datum Unterschrift/en  Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für alle Zahlungen aus Verträgen mit  **(nur auszufüllen, falls abweichend vom Kontoinhaber)**    Nachname, Vorname    Straße und Hausnummer    Postleitzahl und Ort |

|  |
| --- |
| **14.**  **Unterschriften der/ des persönlich haftenden Gesellschafter(in) / Geschäftsführer(in) zum Bürgschaftsantrag**             , den             , den             , den |

Anlage 1 zum Bürgschaftsantrag vom

Erklärung über „De-minimis“-Beihilfen

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Name des antragstellenden Unternehmens | |  | Ist das Unternehmen im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig?\* | | | | | |
|  | |  |
| Straße, Hausnummer | |  |  | | | | | |
|  | |  |  |  | ja |  | nein |  |
| PLZ | Ort |  |  | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |

1. **Definitionen und Erläuterungen**

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmens-verbund als „ein einziges Unternehmen“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

* Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
* Ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
* Ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
* Ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion* oder *Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

1. **Erklärung**

Hiermit bestätige/en ich/wir, als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 1 im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren1

keine

folgende\*

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt zu haben:

* „Allgemeine-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 215/3 vom 7. Juli 2020)
* „Agrar-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019, Amtsblatt der EU Nr. L 51 I/1 vom 22. Februar 2019)
* „Fisch-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014 in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 414/15 vom 9. Dezember 2020)
* DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr.  2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020, Amtsblatt der EU Nr.  L 337/1 vom 14. Oktober 2020).

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes  (gem. 1. Definitionen und Erläuterungen)** | **Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag\*\*** | **Beihilfegeber** | **De-minimis-Beihilfen\*\*\*** | **Beihilfewert in €**2 |
|  |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |

Mir/Uns ist bekannt, dass De-minimis-Beihilfen nicht mit anderen Beihilfen für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert werden dürfen, wenn die aus der Kumulierung resultierende Förderintensität diejenige Förderintensität übersteigen würde, die in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder in einer von der Kommission verabschiedeten Entscheidung hinsichtlich der besonderen Merkmale eines jeden Falles festgelegt wurde. Weitere Förderungen für dieselben förderfähigen Aufwendungen habe ich/haben wir hat das Unternehmen

nicht erhalten,

in Höhe von       € im Rahmen des Förderprogramms       erhalten/beantragt.\*

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Angaben, insbesondere die (Nicht-) Berücksichtigung eines Unternehmens  
(-verbundes) als „einziges Unternehmen“ bei den Angaben über erhaltene/beantragte De-minimis-Beihilfen, die Beihilfewerte und das Bewilligungsdatum, subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i.V.m. dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 i.V.m. § 2 Subventionsgesetz (SubvG) für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung der Beihilfe sind und dass ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB i.V.m. §§ 2, 4 SubvG strafbar ist. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden. Mir ist auch bekannt, dass auch Scheingeschäfte, Scheinhandlungen und der Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten zu einer Strafverfolgung nach o.g. Vorschriften führen können.

|  |  |
| --- | --- |
|  | Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift des antragstellenden Unternehmens |
| Ort/Datum |  |
| , |

\* Zutreffendes bitte ankreuzen.

\*\* Bitte Datum eintragen bzw. die beantragten De-minimis-Beihilfen als „beantragt“ kennzeichnen

\*\*\* Bitte Art der De-minimis-Förderung eintragen bzw. auswählen am PC: Allgemeine, Agrar, Fisch oder DAWI

1 In Deutschland entspricht das Kalenderjahr dem Steuerjahr.

2 Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bisher erhaltenen „De-minimis“- Beihilfen ist (Beihilfe-/Subventionswerte), können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen „De-minimis“-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungs-bescheiden/Verträgen entnehmen.

De-minimis Erklärung Stand 12.2020

**Anlage 2 zum Bürgschaftsantrag vom**

**Selbsterklärung / Prüfraster Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS)**

im Sinne der Mitteilung der Europäischen Kommission „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“, 2014/C 249/01, bzw. Art. 2 Ziffer 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung Nr. 651/2014 der Kommission.

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Name des antragstellenden Unternehmens | |  | Größenklassifizierung [[1]](#footnote-1) | | | | | |
|  | |  |
| Straße, Hausnummer | |  |  | | | | | |
|  | |  |  |  | KMU |  | Groß-unternehmen |  |
| PLZ | Ort |  |  | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |

Ein Unternehmen gilt dann als Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeiten gezwungen sein wird, wenn der Staat nicht eingreift. Im Sinne der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ (2014/C 249/01 vom 31.07.2014, zuletzt geändert durch Mitteilung der Kommission 2020/C224/02 vom 08.07.2020) bzw. der Definition in Artikel 2 Ziffer 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, Amtsblatt der EU L 187/1 vom 26.06.2014, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 02.07.2020, Amtsblatt der EU Nr. L215/03 vom 07.07.2020) befindet sich ein Unternehmen daher in Schwierigkeiten, wenn mindestens eine der folgenden fünf Voraussetzungen erfüllt ist:

1. **Antragsteller ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens**   ja  nein

oder

1. **Antragsteller erfüllt die Voraussetzungen für die Eröffnung**  ja  nein

**eines Insolvenzverfahrens**

**oder**

1. **Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit**  ja  nein

**wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht**

**erloschen bzw. Antragsteller hat eine Umstrukturierungsbeihilfe**

**erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan**

**oder**

1. **Sind mehr als 50% des Eigenkapitals verlustbedingt**  ja  nein  
   **verbraucht?**[[2]](#footnote-2)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Bilanzposition** | **Kapital**  **(100%) TEUR** | **Kapital** |
| **(50%) TEUR** |
| **a) Grund-/ Stammkapital** (Kapitalgesellschaften)  oder  **b) Buchmäßiges Eigenkapital** (Personengesellschaften) |  |  |
| **Eigenkapital**[[3]](#footnote-3) **im Monat der Antragstellung** oder  **zum letzten Monatsabschluss** oder  **zum Stichtag** |  |  |

**Ist das Unternehmen ein KMU, das noch keine**

**drei Jahre besteht?**  ja nein

Der verlustbedingte Eigenkapitalverzehr zu mehr als 50% führt bei KMU´s, die noch **keine drei Jahre** bestehen, **nicht** zur Einstufung als Unternehmen in Schwierigkeiten gem. Definition.

**oder**

**5. Bei einem Unternehmen, das kein KMU ist**, lag in den vergangen **beiden** Jahren

5.1 der buchwertbasierte Verschuldungsgrad über 7,5  ja nein  
**und**

5.2. das Verhältnis des EBITDA zu den Zinsaufwendungen unter 1,0  ja nein

**Unternehmen in Schwierigkeiten**   ja  nein

(Prüfergebnis aus den Ziffern 1.-5.)

Bei Beantragung einer **Rettungsbürgschaft, einer vorübergehenden Umstrukturierungsbürgschaft oder einer sonstigen Umstrukturierungsbürgschaft** im Rahmen der Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften durch das Land Hessen für die gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe (**Landesbürgschaftsprogramm**) sowie der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS-Leitlinien) bitte Prüfung kleines, mittleres, großes Unternehmen (KMGU) gemäß Teil C III der Bürgschaftsrichtlinien vornehmen.

Hierzu bitte Berechnungsbogen des Informationsblattes KMU und falls erforderlich, Berechnungsbogen Anhang A und B (Anlage 3) ausfüllen und dem Antrag beifügen. Download auf der Website der WIBank unter: „KMU-Informationsblatt“ <https://www.wibank.de/wibank/landesbuergschaften/landesbuergschaften-311482>

**Prüfung KMGU** (Berechnungsbogen Deckblatt und falls erforderlich

Berechnungsbogen Anhang A) und B) beigefügt:  ja nein

Die Richtigkeit der Angaben der UiS-Erklärung sowie der KMGU-Erklärung (falls beigefügt) wird bestätigt:

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

Ort, Datum Unterschrift Firma Unterschrift

Steuerberater/Wirtschaftsprüfer



**Verzeichnis der dem Bürgschaftsantrag beizufügenden Anlagen**

1. Kreditzusage (Bank) inkl. Angabe der Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) sowie Unterlagen zum bankinternen Kundenrating und Antrag (Unternehmen) gemäß Vordruck. Evtl. Gremienvorbehalte bitte vermerken.

2. Erklärung über bereits erhaltene/beantragte „De-minimis“-Beihilfen gemäß Vordruck Anlage 1.

3. Selbsterklärung / Prüfraster Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Vordruck Anlage 2 und falls erforderlich KMGU Prüfraster / Selbsterklärung des Antragstellers, vgl. auch Teil C I. und III. der Bürgschaftsrichtlinien   
→ zu verwenden ist der Vordruck gemäß Informationsblatt KMU, Link zum Download des Formulares auf der Website der WIBank unter: <https://www.wibank.de/wibank/landesbuergschaften/landesbuergschaften-311482>

4. Darstellung der rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens (Produktions-programm, Konkurrenzverhältnisse, Abnehmer, Beteiligungen, Zweigwerke; Markt) mit Begründung des durch die Bürgschaft zu fördernden Vorhabens. Soweit vorhanden, sind Prospekte beizufügen.

6. Handelsregisterauszüge und Gesellschaftsverträge sowie sonstige wesentliche Verträge (z.B. Miet- und Leasingverträge, Lizenzverträge, Geschäftsführerverträge u.a.)

7. Grundbuchauszüge, Wertgutachten.

8. Kurzer Lebenslauf der Geschäftsführer, aus dem der berufliche Werdegang ersichtlich ist.

9. a) Angaben über Anzahl der Beschäftigten (auf Basis von Jahresvollzeitäquivalenten) in den letzten 5 Jahren: Unterteilt nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften (ggf. nach Bundesländern) sowie Angestellten, Facharbeitern, sonstigen Arbeitern, Auszubildenden und Heimarbeitern und nach Betriebsstätten.

b) Angaben über geplante Neueinstellungen nach Durchführung des zu fördernden Vorhabens (auf Basis von Jahresvollzeitäquivalenten): Aufgeteilt nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften sowie Angestellten, Facharbeitern, sonstigen Arbeitern, Auszubildenden und Heimarbeitern und nach Betriebsstätten.

10. Jahresumsätze in den letzten 5 Jahren sowie Monatsumsätze im laufenden Jahr, und zwar getrennt für die Haupterzeugnisse sowie unterteilt nach In- und Ausland.

11. Bestand der fest erteilten Aufträge (wert- und mengenmäßig).

12. a) Jahresabschlüsse der letzten 3 Geschäftsjahre sowie aktuelle BWA. Liegt der letzte Bilanzstichtag länger als 6 Monate zurück, ist die Vorlage eines zeitnahen Zwischenabschlusses erforderlich. Die Bilanzen sind von einem zugelassenen Buch- oder Steuersachverständigen zu bestätigen. Werden Prüfungsberichte erstellt, so sind diese einzureichen.

b) Liegt kein Prüfungsbericht vor, so ist die letzte Bilanz zu erläutern; insbeson­dere folgende Positionen:

Vorräte (Rohstoffe, Halb- und Fertigerzeugnisse)

Sonstige Forderungen,

Eigenkapital (Entwicklung, Erläuterung von Einlagen, Aufgliederung der

Entnahmen nach Steuern, Sonderausgaben und sonstigen Lebens-

haltungskosten),

Rückstellungen,

Darlehen (Gläubiger, Tilgung, Sicherheiten),

Kontokorrent- und Avallinien (Kreditinstitut, Limit, Sicherheiten)

Sonstige Verbindlichkeiten,

Eventualverpflichtungen.

c) Erläuterung der o.a. Aufwendungen und Erträge in den eingereichten Gewinn- und Verlustrechnungen. Angabe der Sonderabschreibungen und der in den Personalkosten enthaltenen Gesellschafterbezüge für die einzelnen Jahre.

d) Kurze Angaben über die Art der Buchhaltung, die Einrichtung einer Betriebsabrechnung, Vor- und Nachkalkulation.

13. Ist die antragstellende Firma an anderen Unternehmen maßgeblich beteiligt oder ist die Antragstellerin Tochtergesellschaft eines anderen Unternehmens, so sind auch deren letzte Abschlüsse und ggf. der Konzernabschluss vorzulegen.

14. Detaillierte, persönlich unterschriebene Aufstellung über Privatvermögen und Privatschulden (auch etwaige Steuernachzahlungen und Eventualverpflichtungen) der beschränkt haftenden und im Unternehmen tätigen Gesellschafter.

15. Bescheinigung in Steuersachen für das antragstellende Unternehmen: Vorlage einer durch das zuständige Finanzamt ausgestellten Bescheinigung in Steuersachen.

16. Beschreibung des zu fördernden Investitionsvorhabens mit detaillierter Aufstel­lung der Gesamtkosten. Diese sind durch Kostenvoranschläge eines Bausachverständigen und nach Möglichkeit durch Lieferantenangebote zu belegen. Angaben über sonstige laufende oder geplante Investitionsvorhaben.

17. Errechnung des zusätzlichen Betriebsmittelbedarfs nach Durchführung des Investitionsvorhabens.

18. Deckung des Gesamtkapitalbedarfs mit Nachweis der sonstigen Fremdmittel unter Angabe der Konditionen sowie Erläuterungen zu eingeplanten Eigenmitteln und Eigenleistungen.

19. Liquiditätsplan nach Monaten gegliedert für das laufende und das Folgejahr.

20. Erwartete wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr und dem darauf folgenden Jahr unter Berücksichtigung der Auswirkungen der geplanten Investitionen (Ertragsvorschaurechnungen, Finanzpläne, Planbilanzen).

21. Besicherungsvorschlag mit allen zur Beurteilung der angebotenen Sicherheiten notwendigen Angaben und Unterlagen (z.B. neueste Grundbuchauszüge und, soweit vorhanden, Maschinenverzeichnisse, Werttaxen, Verkehrswertschätzungen u.ä.).

22. Schriftliche Bereitschaftserklärung der beschränkt haftenden und im Unternehmen tätigen Gesellschafter zur Übernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft für den beantragten Kredit. Es bleibt vorbehalten, Haftungsübernahme durch weitere Bürgen zu verlangen.

23. Die Anforderung weiterer Unterlagen bleibt vorbehalten.

Stand: 1. Oktober 2022



**Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen** **Von der Hausbank auszufüllen**

-rechtlich unselbständigeAnstalt in der **(ggf. durch Anlagen ergänzen)**

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

**Wirtschaft und Transformation**

**Bürgschaften 537300**

Kaiserleistraße 29-35

63067 Offenbach am Main

|  |
| --- |
| Betr.: **Antrag der** **Firma**       auf Übernahme einer Landesbürgschaft |

|  |
| --- |
| Die obige Firma hat bei uns die **Gewährung eines Kredites/ folgender Kredite in Höhe von**  **1.** € Kreditart  **2.** € Kreditart  beantragt.  Wir sind bereit, den beantragten Kredit/ die beantragten Kredite herauszulegen, sofern das Land Hessen hierfür eine Ausfallbürgschaft in Höhe von  **1.**      **%**  **2**.     **%**  übernimmt. |

|  |
| --- |
| **Verwendungszweck:**  **1.**  **2.** |

|  |
| --- |
| **Konditionen Kredit 1** **Konditionen Kredit 2**  **Zinssatz:**       **Zinssatz:**  **Laufzeit :**       **Laufzeit :**  **Tilgung mtl./vj./hj/j. :**       **Tilgung mtl./vj./hj/j. :**  **Tilgungsbeginn (erste Rate):**       **Tilgungsbeginn (erste Rate):**  **Tilgungsende (letzte Rate):**       **Tilgungsende (letzte Rate):** |

|  |
| --- |
| **Sicherheiten:**  (bei Grundschulden Angabe Verkehrswert, Valuta der Vorlasten nebst Gläubiger (ggf. in separater Anlage Aufgliederung der Vorlasten, Gläubiger, Zinsen, Tilgung); bei Sicherungsübereignungen Angabe Zeitwert)              Außerdem sind folgende **Auflagen** vorgesehen: |

|  |
| --- |
| Wir haben der antragstellenden Firma zur Zeit folgende Kredite (einschließlich Diskontkredite und Avale) eingeräumt:  **Kreditart** **Stand am**       **Ursprungsbetrag/Limit**  (Monat, Jahr)  1.       €       €  2.       €       €  3.       €       €  4.       €       €  Für diese Kredite haben wir folgende Sicherheiten hereingenommen:  1.  2.  3.  4.  Die von uns gewährten Kredite sind wie folgt zu tilgen:  1.  2.  3.  4. |
| Zu der bisherigen **Entwicklung des Unternehmens**, der **Kreditwürdigkeit** des Antragstellers, dem **Vorhaben** und den **persönlichen Verhältnissen** nehmen wir wie folgt Stellung (ggf. ausführliche Anlage beifügen): |

|  |
| --- |
| **Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)** des Unternehmens/ der -gruppe:      %  **Bankinterne Rating-Note** (Ratingunterlagen im Detail bitte als Anlage beifügen): |

|  |
| --- |
| Erklärungen Wir sind bereits während der Antrags-/ Bewilligungsphase verpflichtet, wesentliche Verschlechterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des antragstellenden Unternehmens der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (nachfolgend: WIBank) unverzüglich anzuzeigen.  Die Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften durch das Land Hessen in der jeweils gültigen Fassung erkenne(n) ich/wir als verbindlich an.  Wir verpflichten uns auch der WIBank gegenüber, die Pflichten nach dem Geldwäschegesetz zu erfüllen bzw. bestätigen, diese erfüllt zu haben.  Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I S. 2037) in Verbindung mit dem hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 (GVBI. I.S. 199) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforde­rung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.  Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werden wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben und beigefügten Anlagen unverzüglich der die Bewilligung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.  Für Rückfragen ist zuständig:       Telefon       , den              Ort Datum Kreditinstitut (Unterschrift) |

1. Für die Begriffe „ KMU“, „kleines Unternehmen“ und „mittleres Unternehmen“ gelten die Definitionen in der Empfehlung 2003/361/ EG  
    der Kommission vom 6. Mai 2003. Ein „großes Unternehmen“ ist ein Unternehmen, das kein KMU ist. [↑](#footnote-ref-1)
2. Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung handelt es sich um ein UiS, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. [↑](#footnote-ref-2)
3. Ggf. erläuternde Anlage beifügen, aus der sich die Ermittlung des Wertes ergibt. [↑](#footnote-ref-3)